

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 13.10.2006, 17:00 Uhr

Anwesenheit:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	B 90 / Die	- e -
Grünen		
Herr Stadtrat Biver, Nico	Marburger Linke	
Herr Stadtrat Hertlein, Jürgen	SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz	B 90 / Die Grünen	
Frau Stadträtin Laßmann, Alev	B 90 / Die Grünen	- e -
Frau Stadträtin Müller-Wickenhöfer, Johanna	FDP	
Herr Stadtrat Rehlich, Jürgen	CDU	
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	CDU	
Frau Stadträtin Schulze-Stampe, Ursula	SPD	
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	SPD	
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	SPD	
Herr Stadtrat Stötzel, Wieland	CDU	
Herr Oberbürgermeister Vaupel, Egon	SPD	
Frau Stadträtin Dr. Weinbach, Kerstin	SPD	
Herr Aab, Peter	SPD	
Herr Acker, Matthias	SPD	
Herr Backes, Björn	SPD	
Herr Becker, Reinhold	SPD	
Frau Böttcher, Bettina	SPD	
Frau Brahms, Karin	SPD	
Frau Daser, Dagmar	SPD	
Frau Dinnebier, Kirsten	SPD	
Herr Hussein, Schaker	SPD	
Frau Lotz-Halilovic, Erika	SPD	
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	SPD	
Frau Mertins, Barbara	SPD	
Herr Meyer, Uwe	SPD	
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD	
Herr Dr. Rausch, Ulrich	SPD	
Frau Seelig, Johanna	SPD	
Frau Sell, Sonja	SPD	
Herr Severin, Ulrich	SPD	
Herr Weidemann, Gerald	SPD	

Frau Wölk, Marianne	SPD	
Frau Ackermann, Barbara	CDU	
Frau Gottschlich, Hannelore	CDU	
Herr Heck, Hermann	CDU	
Herr Heubel, Christian	CDU	
Herr Jannasch, Manfred	CDU	
Frau Kaufmann, Anita	CDU	- e -
Herr Kissel, Winfried	CDU	
Herr Lohse, Ingo	CDU	
Frau Oppermann, Anne	CDU	
Herr Pfalz, Roger	CDU	
Frau Dr. Pötter, Claudia	CDU	
Frau Röhrkohl, Anni	CDU	
Herr Sauer, Florian	CDU	
Frau Schaffner, Karin	CDU	
Herr Scherer, August	CDU	- e -
Frau Prof. Dr. Simon, Babette	CDU	
Herr Stompfe, Philipp	CDU	
Herr Vaupel, Dirk	CDU	
Herr Dr. Wulff, Reimer	CDU	- e -
Frau Dr. Baumann, Petra	B 90 / Die Grünen	
Frau Dorn, Angela	B90/Die Grünen	
Herr Göttling, Dietmar	B 90 / Die Grünen	
Herr Markus, Jürgen	B 90 / Die Grünen	
Frau Neuwohner, Elke	B 90 / Die Grünen	- e -
Frau Perabo, Dr. Christa	B 90 / Die Grünen	
Frau Pistor, Sabine	B90/Die Grünen	
Herr Schäfer, Wolfram	B 90 / Die Grünen	
Frau Dr. Therre-Staal, Elke	B90/Die Grünen	
Herr Weber-Hofmann, Reinhard	B90/Die Grünen	
Frau Darabos, Alexandra	Marburger Linke	- e -
Frau Gottschaldt, Eva Christiane	Marburger Linke	
Herr Köster-Sollwedel, Henning	Marburger Linke	
Herr Metz, Peter	Marburger Linke	
Frau Schäfer, Birgit	Marburger Linke	
Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich	FDP	
Frau Schwebel, Gerlinde	FDP	
Herr Ludwig, Heinz	MBL	
Herr Dr. Uchtmanh, Hermann	MBL	

Entschuldigt fehlen:

Schritfführer: Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17. Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. September 2006 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt vor, dass für die heutige Tagesordnung 3 Dringlichkeitsanträge vorliegen.

1. Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen „Postfiliale in Ockershausen“
Dieser Antrag wurde ursprünglich von der CDU-Fraktion vorgelegt. Alle anderen Fraktionen sind in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates dem Antrag beigetreten. Im Ältestenrat wurde vereinbart, die Vorlage in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Stadtverordnetenvorsteher wird daher den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen als Tagesordnungspunkt 12.1 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke „Kundgebung auf dem Marktplatz“
Der Stadtverordnete Metz (ML) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Heubel (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken, der SPD und der Grünen die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit jedoch nicht erreicht. Der Antrag wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

3. Dinglicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD „Kein Atomstrom“

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Heubel (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die geforderte 2/3 Mehrheit nach der HGO jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Die Antragsteller beantragen, die Vorlage in die Tagesordnung der Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen und vorher in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachewünsche bekannt und geht auf die zurückgestellten Vorlagen ein. Die ausgedruckte Tagesordnung wird im Übrigen genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 1 10/2006)
Vorlage: VO/0739/2006

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum die SEG mit über 17,5 ha Gewerbe- und Industriefläche zum Regionalforum „Medizintechnik in Hessen“ am 6. September nicht eingeladen wurde, obwohl sie bereits über ein Jahr Kontakte zu ansiedlungswilligen Unternehmen aus der Medizintechnik aufbaut?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die SEG war beim Regionalforum „Medizintechnik in Hessen“ am 6. September anwesend, da Herr Bürgermeister Dr. Kahle seine Einladung wegen eines anderen Termins nicht wahrnehmen konnte und diese kurzfristig an die SEG weitergeleitet hatte.

Vermutlich wurde die SEG nicht offiziell zur Veranstaltung eingeladen, weil sie nicht in die Arbeit des Vereins „Mitte Hessen“ und seiner Arbeitsgruppen (z.B. Medizintechnik) eingebunden ist.

Die SEG bemüht sich nun um direkten Kontakt zum Verein „Mitte Hessen“.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 2 10/2006)
Vorlage: VO/0740/2006

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum er nicht Sorge dafür getragen hat, dass die GeWoBau als größtes Wohnungsunternehmen im Landkreis in eine Arbeitsgruppe des Projektes „Demografischer Wandel im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ berufen wurde, obwohl die GeWoBau bereits seit Jahren mit einer eigenen Mitarbeiterin zu diesem Thema arbeitet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Auswahl der Teilnehmer an dem Demographie-Projekt des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist ausschließlich vom Landkreis vorgenommen worden. Nach Auskunft des Landkreises wurde die Auswahl dabei von der Erwägung getragen, einerseits die Vertreter möglichst vieler Projektbereiche zu berücksichtigen, andererseits die Größe der Arbeitsgruppen arbeitsfähig zu halten. Für den Landkreis war es im Bereich Wohnungsunternehmen wichtig, ein primär im gesamten Landkreis operierendes Unternehmen anzusprechen, so dass die Wahl auf die GWH fiel. Im Übrigen wurde uns aus der Landkreisverwaltung signalisiert, dass es jederzeit möglich ist, sich in die Arbeitsgruppen einzubringen, entweder sofort oder in fortgeschrittener Projektarbeit bei konkreten Projekten. Die GeWoBau wurde entsprechend informiert.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 3 10/2006)
Vorlage: VO/0741/2006

Welche Werbemöglichkeiten sieht der Magistrat, für Bürgerhäuser und andere öffentliche Einrichtungen die kostenpflichtigen Nutzungen zu erhöhen (z.B. individuell gestaltete Falblätter oder z.B. Internet)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zunächst muss man feststellen, dass es einheitliche Werbemaßnahmen für alle städtischen Einrichtungen aufgrund deren sehr unterschiedlicher Zielgruppen nicht geben kann. So spricht beispielsweise das AquaMar ganz andere Nutzerinnen und Nutzer an als das Bürgerhaus Michelbach. Dieser

Unterschiedlichkeit muss also auch bei der Akquise insb. kostenpflichtiger Nutzungen Rechnung getragen werden. So hat z.B. der vom Magistrat eingesetzte Beirat für die Stadthalle ein eigenes Marketingkonzept für die Stadthalle erarbeitet, das natürlich weit über die Erstellung eines Faltblattes hinausgeht. Dieses Marketingkonzept ist aber wiederum für die Bürgerhäuser ungeeignet, da deren potenzielle Nutzerinnen und Nutzer i.d.R. auf lokaler Ebene zu finden sind, die die Einrichtungen und deren Nutzungsmöglichkeiten ohnehin kennen.

Selbstverständlich spielt auch das Internet eine zunehmend wichtige Rolle in der Vermarktung der städtischen öffentlichen Einrichtungen. Aber auch hier sind die individuellen Gegebenheiten zu berücksichtigen, denen aber nach unserer Auffassung auch Rechnung getragen wird, wenn man den Internet-Auftritt der Stadt daraufhin überprüft. So hat der DBM als öffentliche Einrichtung mit seinen vielfältigen Dienstleistungen einen eigenständigen Internet-Auftritt ebenso wie die Volkshochschule, um nur zwei weitere Beispiele anzuführen. Das bedeutet aber nicht, dass man Gutes nicht noch Besser machen könnte, was aber letztlich die Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt der Stadt durch die Stadtverordnetenversammlung voraussetzt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.4

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 4 10/2006)
Vorlage: VO/0742/2006

In Deutschland, so auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Stadt Marburg, werden wieder vermehrt sogenannte Kreisel(Kreisverkehrsplätze) errichtet.

Kann die Stadt Marburg Gestaltungsvorschläge für die Innengestaltung der Rondelle, die vorzeigbar, pflegeleicht, umweltgerecht, straßenverkehrsrechtlich zulässig und haushaltsgerecht finanzierbar sind geben?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Kreisinsel ist das funktional und gestalterisch wesentliche Element eines Kreisverkehrsplatzes und erfüllt mehrere Zwecke:

- Erkennbarkeit des Knotenpunktes als Kreisverkehrsplatz
- Unterbrechung der Streckencharakteristik
- Umlenkung der geradeausfahrenden Kraftfahrzeuge
- Begrenzung der Kreisfahrbahn
- Standort für Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen
- Freiraum für Gestaltung.

Um die Erkennbarkeit des Kreisverkehrsplatzes zu verbessern, soll die Kreisinsel außerhalb bebauter Gebiete so gestaltet werden, dass die ungehinderte Sicht von einer Knotenpunktzufahrt in die gegenüberliegende Knotenpunktausfahrt unterbunden wird. Dies kann durch eine geeignete Bepflanzung oder durch die Anlage der Kreisinsel als leicht ansteigende Hügelfläche erreicht werden. In jedem Fall ist jedoch darauf zu achten, dass für die Fahrt auf der Kreisfahrbahn

eine ausreichende Sicht bleibt.

Die Kreisinsel soll für geradeausfahrende Kraftfahrzeuge eine ausreichende Ablenkung bewirken, um möglichst geringe Geschwindigkeiten auf der Kreisfahrbahn zu erreichen.

In Verlängerung der Knotenpunktzufahrten sollen im Randbereich der Kreisinsel aus Gründen der Verkehrssicherheit keine starren Hindernisse angeordnet werden, die bei einem Anprall durch ein Kraftfahrzeug zu schwerwiegenden Unfallfolgen führen würden. Hierzu gehören Bäume, steile und hohe Einfassungen, Lichtmaste oder Kunstobjekte.

Um eine preiswerte, sichere und gestalterisch ansprechende Kreisinsel zu erhalten, bietet sich eine Bepflanzung mit niedrigwachsenden Büschen an. Ansonsten ist die Gestaltung der Kreismitte vielfältig und kann je nach Standort des Kreisels auch den vorhandenen Gegebenheiten angeglichen werden.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Aab (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.5

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 5 10/2006)
Vorlage: VO/0743/2006

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, welche Konsequenzen es für die Stadt Marburg hat, dass die Universitätskliniken Marburg und Gießen ihren GmbH-Sitz in Gießen haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unmittelbare Auswirkungen insbesondere finanzieller Art hat der GmbH-Sitz des Universitätsklinikums Gießen-Marburg nicht, da steuerlich eine Aufteilung auf die beiden Standorte erfolgt. Trotzdem wäre es natürlich aus unserer Sicht schöner gewesen, der GmbH-Sitz wäre in Marburg, auch wenn sonstige Auswirkungen nicht erkennbar sind.

zu 4.6

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 6 10/2006)
Vorlage: VO/0770/2006

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, an welchen Schulen biologische Lebensmittel an den Schulkiosken angeboten werden und in welchem Umfang das Angebot besteht.

Es antwortet der Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Betreiber der Cafeterien sind per Vertrag und durch ergänzende Gespräche und Informationen angehalten, sich bei der Angebotserstellung an den Grundsätzen einer gesunden Schülerernährung zu orientieren. Dazu gehören insbesondere die Berücksichtigung der „Rahmenkriterien für das

Verpflegungsangebot an den Schulen" des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, die Einhaltung der HACCP - Hygienerichtlinien und die Vorgabe der Stadt Marburg, z. B. das Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderte Lebensmittel und dem verstärkten Einsatz von Nahrungsmitteln aus ökologischer Erzeugung oder aus regionaler Produktion.

In diesem Zusammenhang werden auch biologische Lebensmittel und Erzeugnisse aus regionaler Produktion an den Schulcafeterien angeboten, wie dies in den o. g. Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vorgegeben ist.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) und Gottschaldt (ML) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 7 10/2006)
Vorlage: VO/0745/2006

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, ob mit der Universitätsstadt Marburg ein Konzept zum Erhalt des Uni-Bootshauses am Edersee entwickelt werden konnte.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat sich Anfang August d. J. schriftlich bei der Philipps-Universität für den Erhalt des Bootshauses am Edersee eingesetzt und um die Entwicklung eines Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes für den weiteren Betrieb gebeten. Wir haben deutlich gemacht, dass in Anbetracht der Tradition dieser Einrichtung eine weitere Nutzung wichtig wäre. Nach Auskunft der Universität beschäftigt sich gegenwärtig eine interne Arbeitsgruppe mit dem Thema und stellt alle notwendigen Daten insbesondere auch die finanzielle Situation für weitere Entscheidungen zusammen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17.36 Uhr übernimmt die Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 8 10/2006)
Vorlage: VO/0746/2006

Der Marburger Schulsportkoordinator Hans Brauer hat am 21.09.2006 mit sofortiger Wirkung sein Amt niedergelegt, weil das Hessische Kultusministerium die Beratungs- und Verfügungszeiten für dieses von ihm vorbildlich erledigte Amt gekürzt hat. Was unternimmt der Magistrat, um das HKM zu veranlassen, diese skandalöse Stundenkürzung zurückzunehmen, damit die Schulsportkoordinator/innen in Hessen ab sofort ihre wichtige Arbeit unter angemessenen Bedingungen leisten können?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Auch der Magistrat bedauert den Rücktritt des Schulsportkoordinators Herrn Brauer außerordentlich. Wir haben in der Zwischenzeit unter Einbeziehung des Fachdienstes Sport verschiedene Gespräche mit Herrn Brauer und insbesondere dem Staatlichen Schulamt geführt, ohne dass die Problematik der reduzierten Anrechnungsstunden gelöst werden konnte.

Es handelt sich ja um eine gesetzliche Änderung der Pflichtstundenverordnung, von der nicht für einen Einzelfall abgewichen werden kann. Wir sehen aber das außerordentliche Engagement von Herrn Brauer - auch im Interesse der Stadt Marburg - und hoffen, dass wir in demnächst anstehenden Gesprächsterminen doch noch ein Ergebnis erzielen, aufgrund dessen Herr Brauer seine Aufgaben als Schulsportkoordinator weiterhin wahrnehmen kann.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sell (SPD) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.9

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 9 10/2006)
Vorlage: VO/0747/2006

Welche Vorbereitungen trifft der DBM hinsichtlich des diesjährigen Winterdienstes und der Information der Bürgerinnen und Bürger über Art und Umfang der vom DBM durchgeführten Räum- und Streudienste?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Durchführung der Aufgaben des Winterdienstes im Bereich der an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossenen Straßen und Gehwege sowie der städtischen Liegenschaften gehört - soweit nicht durch Dritte erledigt - zu den traditionellen Kernaufgaben des DBM.

Wie „alle Jahre wieder“ sind zurzeit bereits die betriebsorganisatorischen Maßnahmen, d. h. die Einteilung der Beschäftigten für den Straßenstreudienst bzw. in die einzelnen Einsatzbezirke des Gehwegestreudienstes sowie die Erstellung der Rufbereitschaftspläne, abgeschlossen.

Bis Ende Oktober wird der DBM an neuralgischen Stellen (Steigungs-/Gefällstrecken) im Stadtgebiet einschl. der Stadtteile zahlreiche Boxen mit abstumpfendem Streugut aufgestellt haben.

Die umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Umwelt und Naturschutz durch die Broschüre „*Bürgerinformation Marburg 93/2003 - Straßenreinigung und Winterdienst*“ sowie entsprechende Veröffentlichungen auf den verknüpften Internetportalen der Stadt Marburg (www.marburg.de <<http://www.marburg.de>>) und des DBM (www.dbm-marburg.de <<http://www.dbm-marburg.de>>) sowie ggf. Hinweise in der örtlichen Presse.

Es wird demnächst auch ein etwas einfacheres Faltblatt (Flyer) vorbereitet und verteilt.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 10 10/2006)
Vorlage: VO/0748/2006

Welche Erfahrungen hat der DBM mit der neuen „Notfall-Nummer“ 201-110 gesammelt, die auch unter dem Titel „Flotte Feger“ bekannt ist?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Aktion „Flotte Feger - Dreck weg in 24 Stunden“ ist sehr erfolgreich verlaufen. Mit 42 Aufträgen innerhalb von 3 Monaten war die Resonanz der Bürger/innen rege.

Die Rückmeldungen auf die Aktion waren durchweg positiv. Die Bürger/innen haben dieses Angebot sehr geschätzt und so waren auch Anrufe bei der Hotline, die nicht die „Flotte Feger“ - Aktion betrafen sehr selten.

Die meisten Verunreinigungen auf öffentlichen Wegen stammten von zerbrochenem Glas.

Containerstandorte mussten vermehrt außerhalb der eigentlichen Reinigungsrythmen angefahren werden. Diese Standplätze werden oft benutzt, um auch Wertstoffe oder Abfälle los zu werden, für die keine Container bereit stehen.

Ebenfalls häufiger wurden verunreinigte Treppen und schmale Fußwege gemeldet. Wenn Unklarheiten über die Reinigungspflicht bestanden, hat der DBM die Zuständigkeit für die Reinigung mit den entsprechenden Fachämtern geklärt und auf Wunsch der Bürger/innen den Kontakt zu den richtigen Ansprechpartner/innen hergestellt.

Die Verantwortung für die Reinigung lag in diesen Fällen bei den Anliegern.

Dem ehrgeizigen Anspruch, Aufträge innerhalb von 24 Stunden zu erledigen, konnte der DBM, sofern zuvor keine Unklarheiten zu beseitigen waren, grundsätzlich gerecht werden.

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Kirsten Dinnebier (Nr. 11 10/2006)
Vorlage: VO/0771/2006

Kann die Schuldezernentin Auskunft erteilen, auf welche Weise und in welchen zeitlichen Abständen die Schulwegsicherheit in Marburg überprüft wird und welche Erkenntnisse es über Wegeunfälle von Schüler/innen in Marburg gibt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Grundschulen der Stadt Marburg verfügen mit einer Ausnahme über Schulwegpläne. Diese sind aktuell, werden von der Schule den jeweiligen Gegebenheiten angepasst und insbesondere im Unterricht und bei

Elternabenden behandelt.

In den weiterführenden Schulen werden mögliche Gefahrenstellen auf dem Schulweg zumeist in den Einführungswochen der Jahrgangsstufen 5 entsprechend der aktuellen Situation besprochen.

Darüber hinaus ergeben sich z. B. durch veränderte Verkehrsführungen Probleme, die in den Schulwegplänen noch nicht beinhaltet sind. Diese werden durch gemeinsame Gespräche der Schule, des Fachdienstes Schule, der Straßenverkehrsbehörde und ggf. der Polizei erörtert und in der Schule kommuniziert.

Zu den Wegeunfällen:

In den vergangenen Jahren gab es zwischen 25 und 45 Schulwegunfälle mit Fußgängern, Fahrrad, Pkw oder Bussen. Diese Zahlen entsprechen ca. 10 % der gesamten Unfälle im Schulbereich und somit exakt dem landesweiten Durchschnitt.

Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass der Großteil dieser Wegeunfälle nicht auf Verkehrsunfälle zurückzuführen ist, sondern sonstige Unfälle umfasst, beispielsweise Stürze mit dem Fahrrad ohne eine Fremdeinwirkung oder Stürze bei Glätteis.

zu 4.12

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr. 12 10/2006)
Vorlage: VO/0750/2006

Die Stadtbücherei bietet oft besondere Veranstaltungen zur Leseförderung von Kindern und Jugendlichen an. Gibt es Möglichkeiten, dass neben Kindergärten, Schulen und Vereinen auch Privatpersonen (gegen angemessene Gebühr) solche Events buchen können, z.B. für Kindergeburtstage?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Veranstaltungen der Stadtbücherei zur Leseförderung von Kinder und Jugendlichen beinhalten verschiedene Schwerpunkte:

1. Bibliotheksbesuche von Schulklassen mit unterschiedlichen Themen je nach Alter, Interessen und Vorkenntnissen. Weil diese Veranstaltungen oft interaktiv mit Suchspielen im ganzen Haus, PC- und Interneteinsatz oder Musik verbunden sind, finden die Bibliothekseinführungen für Kinder und Jugendliche stets außerhalb der Öffnungszeiten am Vormittag und nur im Klassenverband statt.
2. Autorenlesungen, Kindertheater, Workshops, Kinderkino etc., die als öffentliche Veranstaltungen während der Öffnungszeiten oder am Mittwochnachmittag kostenlos bzw. gegen einen geringen Unkostenbeitrag veranstaltet werden. Hier ist die Teilnahme von größeren Gruppen (z.B. im Rahmen von Kindergeburtstagen) jederzeit möglich, wenn eine Anmeldung -

aufgrund begrenzter Raumkapazitäten - frühzeitig erfolgt.

Die Organisation solcher Veranstaltungen durch die Stadtbücherei und Vermittlung an Privatpersonen dürfte aufgrund der hohen Kosten von mehreren hundert Euro Künstlergebühr sowie zusätzlichen Kosten für Personalaufwand und Raummiete kaum in Frage kommen. Private Veranstaltungen wären wegen des öffentlichen Ausleihbetriebs und fehlender separater Räume auch nur eingeschränkt am Wochenende oder Abend möglich.

3. Die Bereitstellung von Medienkisten und Schmöckerkisten für Schulen, Kindergärten etc. zu speziellen Themen. Diese Dienstleistung ist kostenlos und kann auch von Privatpersonen in Anspruch genommen werden, wenn die Anmeldung mehrere Wochen im Voraus erfolgt.
4. Spezielle Highlight-Veranstaltungen (z.B. „Gruselnacht“) mit Nachtwanderung, Bücherschatzsuche, Vorlesen zur Geisterstunde und Übernachten in der Bibliothek. Diese Veranstaltungen werden aufgrund des hohen Personaleinsatzes nur 2-mal im Jahr für besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Klassen angeboten. Eine Durchführung für Privatpersonen wäre wegen hoher Personal- und Raumkosten (s. Pkt. 2) ebenfalls eher uninteressant.

Die Nutzung der Räume der Stadtbücherei auf privater Basis sowie entsprechende Tätigkeiten des Personals für Privatpersonen gegen Honorar würde generell eine Ergänzung der Benutzungs- und Gebührenordnung sowie die Klärung versicherungs-, personal- und gewerberechtl. Fragen voraussetzen. Nachfragen von privater Seite zur Durchführung solcher Veranstaltungen haben sich bislang nicht ergeben.

zu 4.13

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 13 10/2006)
Vorlage: VO/0751/2006

Wie hoch ist nach Einschätzung des Magistrates der „Sanierungs-/Renovierungsbedarf des „Turnergartens“ ?

Es antwortet der Bürgermeister:

Man muss bei dem Turnergarten differenzieren, da gibt's einen unmittelbaren Handlungsbedarf bezüglich des Daches, der sicherlich noch vor dem Winter geregelt werden muss. Den schätzen wir grob auf ca. 5.000 bis 10.000 Euro. Weiter wird man die Decke zumindest notdürftig ausbessern müssen um überhaupt Veranstaltungen im Turnergarten im Moment zulassen zu können. Weil wenn die Zwischendecke abgenommen worden ist. Insgesamt wird sich der Sanierungsbedarf aber nach der künftigen Nutzung richten, insbesondere ob Brandschutzaufgaben in größerer Art erfüllt werden müssen. Die GeWoBau schätzt den Sanierungsbedarf auf ca. 100.000 Euro. Die Erwerber Scheld und ??? gingen von 150.000 Euro bis 200.000 Euro aus. Das wird man aber erst dann genauer einschätzen können, wenn die künftige Nutzung festliegt und wenn dann Ausschreibungsergebnisse vorliegen. Wir haben bezüglich der vorzunehmenden Renovierung wie auch des Kaufes des Gebäudes über die

untere Denkmalschutzbehörde einen entsprechenden Zuschussantrag an das Land Hessen gestellt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Heubel (CDU) und Metz (ML) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr. 14 10/2006)
Vorlage: VO/0752/2006

Das Stadtfest „3 Tage Marburg“ wird jährlich vom Marbuch-Verlag ausgerichtet. Welche Einnahmen führt der Verlag an die Stadt ab, welche Unterstützung leistet die Stadt (über den Haushalt hinaus) in diesem Zusammenhang, und wie erfolgt die Ausschreibung für die Ausrichtung des Stadtfestes „3 Tage Marburg“?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

1998 wurde zwischen dem damaligen Oberbürgermeister Dietrich Möller und dem Marbuch-Verlag vereinbart, das seit 1992 bestehende, anfangs eintägige, dann zweitägige Schlosspark-Open-Air zum dreitägigen Stadtfest „3 Tage Marburg“ in der ganzen Innenstadt auszuweiten. Unterstützt wurde dieser Vorstoß durch Zuschüsse der Wirtschaftsförderung. Der Marbuch-Verlag führt dieses Stadtfest nach wie vor in eigener Regie, Rechnung und Verantwortung durch, weshalb eine Ausschreibung sich erübrigt.

Die Zuschüsse aus der Wirtschaftsförderung sind von 70.000 DM anno 1998 auf 23.000 € in diesem Jahr zurückgegangen. Die Stadt Marburg trägt außerdem die Mittel für Reinigung und Beschilderung durch den DBM (im Haushalt zuletzt 13.500 €).

Jährlich findet zwischen dem hauptamtlichen Magistrat und dem Ausrichter Marbuch-Verlag ein ausführliches Bilanz-Gespräch statt. Über die Jahre haben sich Ausgaben und Einnahmen die Waage gehalten, wobei es dem Marbuch-Verlag gelungen ist, die gesunkenen städtischen Zuschüsse durch verstärktes Sponsoring aufzufangen.

Insgesamt hat sich hier die Private-Public-Partnership sehr bewährt. Das Stadtfest „3 Tage Marburg“ ist mit seinem Klassik-Tag, dem Höhenfeuerwerk, zehn Bühnen, Drachenbootrennen und vielfältigen anderen Aktionsmöglichkeiten für Jung und Alt das größte und anspruchsvollste Stadtfest Mittelhessens und ein wichtiges Instrument des Stadtmarketings. Mit dem Benefiz-Konzert am Klassik-Freitagabend wird jährlich ein kulturelles oder soziales Projekt in der Stadt Marburg unterstützt.

1998 wurde zwischen dem damaligen Oberbürgermeister Dietrich Möller und dem Marbuch-Verlag vereinbart, das seit 1992 bestehende, anfangs eintägige, dann zweitägige Schlosspark-Open-Air zum dreitägigen Stadtfest „3 Tage Marburg“ in der ganzen Innenstadt auszuweiten. Unterstützt wurde dieser Vorstoß durch Zuschüsse der Wirtschaftsförderung. Der Marbuch-Verlag führt dieses Stadtfest nach wie vor in eigener Regie, Rechnung und Verantwortung durch, weshalb eine Ausschreibung sich erübrigt.

Die Zuschüsse aus der Wirtschaftsförderung sind von 70.000 DM anno 1998 auf 23.000 € in diesem Jahr zurückgegangen. Die Stadt Marburg trägt außerdem die Mittel für Reinigung und Beschilderung durch den DBM (im Haushalt zuletzt 13.500 €).

Jährlich findet zwischen dem hauptamtlichen Magistrat und dem Ausrichter Marbuch-Verlag ein ausführliches Bilanz-Gespräch statt. Über die Jahre haben sich Ausgaben und Einnahmen die Waage gehalten, wobei es dem Marbuch-Verlag gelungen ist, die gesunkenen städtischen Zuschüsse durch verstärktes Sponsoring aufzufangen.

Insgesamt hat sich hier die Private-Public-Partnership sehr bewährt. Das Stadtfest „3 Tage Marburg“ ist mit seinem Klassik-Tag, dem Höhenfeuerwerk, zehn Bühnen, Drachenbootrennen und vielfältigen anderen Aktionsmöglichkeiten für Jung und Alt das größte und anspruchsvollste Stadtfest Mittelhessens und ein wichtiges Instrument des Stadtmarketings. Mit dem Benefiz-Konzert am Klassik-Freitagabend wird jährlich ein kulturelles oder soziales Projekt in der Stadt Marburg unterstützt.

zu 4.15

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr. 15 10/2006)
Vorlage: VO/0753/2006

Denkt der Magistrat daran, auf Grund der enorm positiven Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen die Erhöhung der Grundsteuer B zurückzunehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist richtig, dass die Gewerbesteuer sich 2006 bisher sehr positiv entwickelt hat und die berechtigte Hoffnung besteht, dass sie auch bis zum Jahresende auf diesem Niveau bleiben wird.

Trotzdem kann der Magistrat die Erhöhung der Grundsteuer B nicht zurücknehmen.

Die Hebesätze von Grundsteuer und Gewerbesteuer werden jährlich in der Haushaltssatzung beschlossen. Das ist aber eine originäre und nicht delegierbare Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung.

Der Magistrat kann deshalb nicht das zurücknehmen, was die Stadtverordnetenversammlung in der Haushaltssatzung 2006 beschlossen hat. Möglich wäre das nur durch einen Nachtragshaushalt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich jedoch in seiner Sitzung am 19. September 2006 in Kenntnis der derzeitigen Entwicklung darauf verständigt, das Jahr 2006 ohne Nachtragshaushalt abzuwickeln.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der Abbau von Schulden und der Aufbau der Rücklage außer durch eine sparsame Ausgabenpolitik nur durch Einnahmen und nicht durch Mindereinnahmen zu erreichen ist.

Sollte die Frage so gemeint sein, dass gefragt wird, ob der Magistrat daran denkt, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, dass diese beim Haushalt 2007 ihren Beschluss aus 2006 wieder rückgängig macht, so wäre diese Frage mit „nein“ zu beantworten.

Das ergibt sich auch aus dem „Verwaltungsentwurf“ des Haushalts 2007, der den Stadtverordneten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.09.2006 ausgehändigt worden war und der angesichts der derzeit abschätzbaren Finanzlage den Beschluss 2006 zur Grundsteuer auch für 2007 berücksichtigt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heubel (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 16 10/2006)
Vorlage: VO/0754/2006

Inwieweit werden den Sportvereinen in der Universitätsstadt feste Zuschüsse für die Verbrauchskosten (Wärme, Energie, Wasser, Abwasser etc.) zum Betrieb der Sportheime gezahlt und ggf. werden diese Zuschüsse den steigenden Kosten kontinuierlich angepasst?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg hat mit siebzehn Sportvereinen eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen. In dieser Nutzungsvereinbarung wird der Zuschuss der Energiekosten für die Sportvereine geregelt.

Die Ausgaben für die Nutzungsvereinbarungen mit den verschiedenen Vereinen betragen für das Haushaltsjahr 2006 ca. 85.000 €.

Eine Anpassung der Energiekosten wird auf Nachweis des Energieverbrauchs vorgenommen, wenn alle Möglichkeiten der Energieeinsparung ausgeschöpft wurden.

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 17 10/2006)
Vorlage: VO/0755/2006

Bei Angestellten der Stadt und ihrer Gesellschaften gibt es manchmal peinliche Wissenslücken zur Ortskenntnis. Bietet die Stadt als fürsorglicher Arbeitgeber Informationsmaterial über Sehens- und Wissenswertes, einschließlich Rundgänge oder Rundfahrten an?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist nicht bekannt, dass es bei seinen Beschäftigten gelegentliche Wissenslücken zur Ortskenntnis gibt. Aus Gründen einer diskriminierungsfreien Bewerberauswahl spielen aber bei Stellenbesetzungsverfahren Ortskenntnisse, insb. bei externen Bewerbern, auch keine Rolle. Zudem legt der Magistrat größten Wert auf eine fundierte fachliche Aus- und Weiterbildung seiner Beschäftigten, so dass für evtl. Schulungsmaßnahmen über Sehens- und Wissenswertes weder Zeit noch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Es darf auch bezweifelt werden, dass bspw. eine Erzieherin wissen muss, wo der Klamberg liegt oder wie man das Gehrengässchen erreicht. Sofern solche Auskünfte und Informationen benötigt werden, ist unsere städtische Tochtergesellschaft MTM erste Ansprechpartnerin, wo professionell und schnell entsprechende Informationen abgerufen werden können.

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 18 10/2006)
Vorlage: VO/0756/2006

Wann steht das aktuelle städtische Kataster für Grundstücke, Straßen, Wege und Treppen in den Stadtteilen zur Verfügung?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Katasterunterlagen (Grundstücke und Gebäude) liegen seit ca. 10 Jahren vollständig für das gesamte Stadtgebiet vor und werden in vierwöchigem Abstand aktualisiert.

Die Erfassung der Straßen, Wege und Treppen aus Luftbildaufnahmen wurde zu Beginn des Jahres 2002 vorläufig abgeschlossen. Lediglich die nicht aus der Luft einsehbaren Bereiche müssen in einzelnen Stadtteilen noch überprüft und ggf. nachgemessen werden. Ferner laufen bereits kontinuierlich Aktualisierungsmessungen.

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 19 10/2006)
Vorlage: VO/0757/2006

Welchen Nutzen hat die Stadt Marburg von der Mitgliedschaft im Verein MitteHessen e. V.?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Verein MitteHessen e. V. hat sich vor einigen Jahren als mittelhessische Wirtschaftsförderungsinstitution für das Gebiet des Regierungspräsidiums Gießen gegründet. Vorsitzender des Vereins ist Herr Regierungspräsident Wilfried Schmied. Der Verein hat inzwischen über 60 Mitglieder, darunter die 3 mittelhessischen Oberzentren, eine Reihe weiterer Städte und Gemeinden sowie Landkreise. Mitglieder sind auch die Philipps-Universität, die Justus-Liebig-

Universität und die Fachhochschule Gießen-Friedberg sowie eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen, so aus dem Marburger Raum beispielsweise Pharmaserv.

Im Verein MitteHessen e. V. werden alle wirtschaftlichen und planerischen Aktivitäten gebündelt, die von den einzelnen Akteuren, z. B. den Städten und Gemeinden nicht alleine durchgeführt werden können. Und das sind nicht wenige, denn im Zuge der allgemeinen Maßstabsverschiebung wird es immer wichtiger nicht mehr nur als Stadt, sondern auch als Region aufzutreten, um von außen wahrgenommen zu werden. So werden zum Beispiel die neuen EU-Förderprogramme, die ab 01.01.2007 die gesamte bisherige Förderkulisse ablösen werden, sehr stark dem Regionalprinzip folgen und auf Regionen abheben. Hier gilt es für Marburg einerseits mit der Region stark aufzutreten, andererseits als Stadt bzw. Oberzentrum in der Region identifizierbar zu bleiben. Das geht nur, wenn wir uns in der Region und in den Gremien der Region, so in dem Verein MitteHessen, stark positionieren, beispielsweise bei der derzeit laufenden Studie zu Standorten der Medizintechnik in Mittelhessen, die vom Verein MitteHessen im Auftrag des Landes Hessen federführend betreut wird. Die Stadt vertritt hier gemeinsam mit der Philipps-Universität, dem Uniklinikum und Pharmaserv im Verein MitteHessen Marburger Positionen. Letztlich wird es hier um Investitionen des Landes in zweistelliger Millionenhöhe gehen.

Im Rahmen des Gemeinschaftsstandes von MitteHessen e. V. wird sich die Stadt Marburg vom 23. - 25. Oktober 2006, also übernächste Woche, erstmals auf der ExpoReal in München präsentieren; das ist die größte deutsche Messe für Gewerbe- und Büroflächen und -immobilien. Die dafür anfallenden Kosten allein für den Messestand wären für Marburg alleine überhaupt nicht darstellbar, jedoch im Rahmen des Vereins MitteHessen e. V., der als Region für den Messestand einen hohen Zuschuss des Landes erhält.

Weitere Aktivitäten des Vereins MitteHessen zielen ab auf die Erstellung einer mittelhessischen Datei für Gewerbeflächen, ein mittelhessisches Weiterbildungsportal und andere wirtschaftsorientierte Projekte.

Nachdem in vorangegangenen Jahren die Möglichkeiten des Vereins MitteHessen von Marburg nicht immer optimal genutzt worden sind, werden wir uns mit der im letzten Jahr vom Magistrat mit dem neuen Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung eingeleiteten Neuausrichtung der städtischen und regionalen Wirtschaftspolitik in Zukunft noch stärker in der Region und ihren Gremien positionieren. In Anbetracht eines Europas der Regionen ist dieses das Gebot der Stunde und die Mitgliedsbeiträge für MitteHessen sind gut angelegtes Geld.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Brahms (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18.02 übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.20

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 20 10/2006)
Vorlage: VO/0758/2006

Ist es möglich, die Wirtschaftspläne oder Abschlüsse des Vereins

MitteHessen e. V. einzusehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Jahresabschluss 2005 liegt seit kurzem bei uns vor und wird dem Magistrat zur Kenntnis gegeben werden. In welcher Form der detaillierte Abschluss den Stadtverordneten zugänglich gemacht werden kann, muss noch mit dem Verein MitteHessen abschließend geklärt werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 21 10/2006)
Vorlage: VO/0759/2006

Hält der Oberbürgermeister das Vorgehen der Polizei gegen 17 jungen Männer aus dem Umfeld der gewaltlos anarchistischen APPD während einer Geburtstagsfeier am 24.09.2006 für angemessen und verhältnismäßig oder beunruhigt ihn der Gedanke, dass Polizei und Staatsschutz wohlmöglich nicht zwischen gewaltlosen Anarchisten und gewaltbereiten Neonazis unterscheiden können oder gar im vorliegenden Fall vielleicht gar nicht wollen?

Gemäß § 86 a StGB wird bestraft, wer Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet. Kennzeichen sind u. a. Parolen und Grußformen. Den Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es spielt dabei keine Rolle, welche Person oder welcher Personenkreis gegen das Gesetz verstößt.

Dadurch gibt es vor dem Gesetz auch keine Unterscheidung zwischen Anarchisten und Neonazis.

Die Frage des Einschreitens der Angemessen- und Verhältnismäßigkeit ist aus diesem Grund ausschließlich Angelegenheit der Strafverfolgungsbehörden.

Nach dem Rechtsstaatsprinzip ist eine Kommentierung des Oberbürgermeisters weder hilfreich noch opportun.

Gemäß § 86 a StGB wird bestraft, wer Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet. Kennzeichen sind u. a. Parolen und Grußformen. Den Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster und Gottschaldt (ML) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 22 10/2006)
Vorlage: VO/0760/2006

Durch welche Aktivitäten hat der Magistrat in den letzten 12 Monaten die Städtepartnerschaft mit Poitiers gepflegt?

Es antwortet der Bürgermeister:

In den letzten 12 Monaten fanden folgende Aktivitäten statt:

Vom 05. - 15.12.2005 waren Schülerinnen und Schüler aus Poitiers zu Gast bei der Martin-Luther-Schule

Vom 28.03. - 06.04.2006 waren 31 Schülerinnen und Schüler des Gymnasium Philippinum zu Gast beim Lydée-Camille-Guérin in Poitiers

Vom 16.05. - 24.05.2006 waren 23 Schülerinnen und Schüler aus Poitiers zu Gast beim Gymnasium Philippinum.

Vom 03.06. - 10.06.2006 besuchten 20 Personen im Rahmen des Erwachsenen austauschs der Volkshochschule Poitiers.

Darüber hinaus stand Herr Bürgermeister Dr. Kahle in ständigem Kontakt mit dem zuständigen Stadtrat für Internationale Beziehungen, Herrn Dr. Michel Touchard.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.23

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 23 10/2006)
Vorlage: VO/0761/2006

Wieviele Marburger ALG-II-bzw. SozialhilfebezieherInnen sind seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze aufgefordert worden, ihre Unterkunftskosten zu senken und konnte tatsächlich in jedem Falle eine billigere Wohnung nachgewiesen und angeboten werden - unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebensumstände (vor allem gesundheitliche Verfassung der Bewohner, aber auch Platzbedarf für zur Berufsausübung notwendige Gegenstände wie Bücher, Musikinstrumente oder künstlerisches Handwerkzeug u.a.)?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Weder bei der SGB II- noch bei der SGB XII-Behörde werden die Aufforderungen an LeistungsbezieherInnen hinsichtlich der Senkung der Kosten der Unterkunft statistisch erfasst. Von daher ist uns die Nennung einer Zahl nicht möglich.

Bei der Prüfung der Angemessenheit der Unterkunftskosten werden selbstverständlich auch persönliche Umstände, wie z.B. Behinderung, Alter, Ausstattung der Wohnung u.ä. - berücksichtigt, wobei die letztendliche Entscheidung bei der Behörde liegt.

Die Aufforderung zur Senkung der Unterkunftskosten führt in der Praxis nicht automatisch dazu, dass der/die LeistungsbezieherIn einen Umzug in eine billigere

Wohnung in Kauf nehmen muss. Oftmals kann z.B. durch Untervermietung die Miete - zumindest für die Dauer des Leistungsbezuges - minimiert werden. Auch andere Maßnahmen wie z.B. das Ausgleichen der Differenz zwischen tatsächlicher und angemessener Miete aus eigenem Einkommen und Vermögen unterhalb der Vermögensfreigrenze sind nicht selten auftretende Kompensationsmechanismen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt und Köster (ML) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 24 10/2006)
Vorlage: VO/0762/2006

Nehmen die FallmanagerInnen des KJC die Wohnverhältnisse derjenigen, die zur Senkung ihrer Unterkunfts-kosten aufgefordert werden, persönlich in Augenschein, auch um kostspielige juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden, oder sind zur Zeit gar derartige juristische Auseinandersetzungen im Gange?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im Einzelfall werden von den FallmanagerInnen des KJC sicherlich auch Hausbesuche durchgeführt.

Ob zurzeit Klagen wegen unangemessener Unterkunfts-kosten anhängig sind, entzieht sich jedoch unserer Kenntnis.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Gottschaldt (ML) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 25 10/2006)
Vorlage: VO/0763/2006

Ist dem Magistrat bekannt, dass oberhalb der Adenauerbrücke durch schlecht ausgebesserte Versorgungsleitungen quer über die gesamte Zeppelinstraße tiefe Schlaglöcher entstanden sind und was gedenkt der Magistrat dagegen zu tun, bevor Frost eintritt?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Schadensstelle in Höhe Zeppelinstraße 25 wird im Herbst 2006 (innerhalb der nächsten 6 Wochen) von unserer Vertragsfirma fachgerecht beseitigt.

Die Reparatur geht zu Lasten der Stadt, da die Gewährleistung des Aufbruches bereits vor 10 Jahren abgelaufen ist.

zu 4.26 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 26 10/2006)
Vorlage: VO/0764/2006

„Bisher haben wir auf unsere Anfragen keine Antwort erhalten, wie teuer das Wasserband in der Ketzerbach werden wird. Kann der Magistrat jetzt Auskunft geben, wie hoch die geplanten Kosten sind und ob es Kostensteigerungen gegenüber den zuerst gemachten Angaben gegeben hat, wenn ja, warum und in welcher Höhe?“

Es antwortet der Bürgermeister:

Bisher lag der Stadtplanung keine frühere Anfrage bezüglich der Kosten zum Wasserband in der Ketzerbach vor. Gemäß der noch aktuellen Kostenschätzung vom Herbst 2005 sind nach wie vor die reinen Baukosten auf ca. 110.000,00 € veranschlagt. Bis dato können über die Kostenentwicklung noch keine Aussagen getroffen werden, da die Ausschreibungsergebnisse erst in den kommenden Wochen vorliegen werden.

Zurzeit ist das Planungsbüro scape damit beauftragt, die Ausführungszeichnungen und Detailabstimmungen zur Umsetzung des Wasserbandes fertig zu stellen. Hierin finden sich auch Aussagen zur Materialität, Farbgestaltung, Oberflächenbeschaffenheit und zur konkreten Beleuchtung der Betonfertigelemente.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) und Dr. Uchtmann (MBL) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.27 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alexandra Darabos (Nr. 27 10/2006)
Vorlage: VO/0765/2006

Für die Straßensicherheit der Kinder in den städtischen Kindergärten und Schulen wird versucht zu sorgen, indem Verkehrsschilder mit Aufforderung zur Temporeduzierung und zu erhöhter Achtsamkeit an den nahe gelegenen Straßen der Einrichtungen angebracht sind. Bei den Einrichtungen der freien Träger scheinen diese Schilder gänzlich zu fehlen - jedenfalls fehlen sie bei einigen Einrichtungen definitiv. Wie kommt das?

Da die Fragestellerin heute nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Bei der Aufstellung von Verkehrszeichen wird nicht unterschieden, ob die Stadt oder ein freier Träger Betreiber der Einrichtung ist.

Fast alle Einrichtungen befinden sich in Tempo 30-Zonen, sind mit dem Verkehrszeichen 136 „Kinder“ und einem entsprechenden Zusatzzeichen (z.B. Kindergarten) beschildert und/oder nicht unmittelbar an Verkehrsstraßen gelegen.

Sollten an bestimmten Einrichtungen zusätzliche Maßnahmen als erforderlich angesehen werden, wird gebeten, die Straßenverkehrsbehörde entsprechend zu informieren. Von dort erfolgt dann in Abstimmung mit dem regionalen

Verkehrsdienst der Polizei eine Überprüfung.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.28 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alexandra Darabos (Nr. 28 10/2006)
Vorlage: VO/0766/2006

„Ist dem Magistrat bekannt, was nach neuestem Stand für die noch leer stehenden Gebäudes des Bahnhofsgeländes bzw. die Waggonhallen geplant ist?“

Da die Fragestellerin heute nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Bis auf den in Backstein ausgeführten Teil der ehemaligen Güterabfertigung unmittelbar nördlich des Hauptbahnhofes handelt es sich bei den leer stehenden Liegenschaften der Bahn um gewidmete Bahnanlagen. Diese unterliegen nicht der Planungshoheit der Kommune, der Stadt Marburg.

Ein großer Teil der nicht mehr für Bahnzwecke genutzten Gebäude, u. a. Waggonhalle, Lokschuppen, Waschbetonteil der Güterabfertigung, sind inzwischen im Eigentum der „aurelis“, die meisten übrigen Flächen werden von der DB-Tochter DBSimm (Deutsche Bahn Services Immobilien) verwaltet.

Die städtebaulichen Entwicklungsziele für das Waggonhallenareal sind im Rahmenplan Bahnhofsquartier bereits in 1997 formuliert und beschlossen worden (= Bestanderhalt, gewerbliche und kulturelle Nutzung, kein Wohnen); für den Bereich der ehemaligen Güterabfertigung wurde ein Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluss in 1999 gefasst, Ziel hier ist der Abriss der Hallen und eine 3-4geschossige Neubebauung mit einem mischgebiets-/kerngebietsartigen Nutzungsspektrum.

Bekannt ist, dass in dem Waschbetonteil der ehemaligen Güterabfertigung ein Baufachmarkt eröffnet hat - als befristete Nutzung kann dieses Vorhaben toleriert werden. Für die ehemalige Kantine bzw. das Sozialgebäude südlich des Bahnhofs wurde ein Bauantrag zur Errichtung einer Diskothek in 2006, ebenfalls als befristete Zwischennutzung, genehmigt.

Extrem schwierig wird es sein, für den ehemaligen Lokschuppen eine Nutzung zu finden, die die erheblichen Investitionen und Betriebskosten (Stichwort Heizung) tragfähig werden lässt. Für dieses Gebäude bzw. für die restlichen noch freien Gebäude im Waggonhallenareal ist zurzeit keine Nutzungsabsicht bekannt bzw. vom Eigentümer beantragt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.29 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 29 10/2006)
Vorlage: VO/0767/2006

Auf welche Weise werden die Ortsgerichte in Marburg den Bürgerinnen und

Bürgern bekannt gemacht? Kann die Stadt Sorge dafür tragen, dass alle Marburger Ortgerichte zumindest im örtlichen Telefonbuch verzeichnet werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fachdienst Rechtsservice hat die Aufnahme in das örtliche Telefonbuch bereits veranlasst.

Da das örtliche Telefonbuch für die Jahre 2006/2007 bereits herausgegeben wurde, kann das Verzeichnis der Ortsgerichte erst mit der Drucklegung im Jahre 2007 in das „Örtliche“ einfließen.

Im Übrigen ist vorgesehen, auch auf der offiziellen Internetseite der Stadt Marburg die einzelnen Ortsgerichte unter der Suchleiste „A - Z“ (Buchstabe O) aufzuführen.

Bislang ist dort lediglich das Ortsgericht I (Kernstadt) präsent.

zu 4.30 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (NR. 30 10/2006)
Vorlage: VO/0768/2006

Wird der Ortenberg zukünftig - wie bisher mit der Linie 8 - im 20-Minuten-Takt durch den ÖPNV bedient?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der 30-Minuten-Takt der Linie 8 reicht in den Schwachlastzeiten aus. In den Spitzenzeiten werktags 6:30 - 9:00 Uhr und 15:30 bis 19:00 Uhr wird die reguläre Linie 8 durch Einsatzwagen taktverdichtet, so dass wir keine Angebotsverschlechterung erkennen können. Wir werden den Bereich Ortenberg nach der Fahrplanumstellung besonders aufmerksam beobachten und wenn nötig anpassen.

zu 4.31 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 31 10/2006)
Vorlage: VO/0769/2006

Welche speziellen Beratungs- und Hilfsangebote (z.B. von TAMARA) stehen Prostituierten in Marburg -ggf. niedrigschwellig - zur Verfügung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Am 18.09. 2006 wurde ein Gespräch mit ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern, dem Gleichberechtigungsreferat, der persönlichen Referentin des Oberbürgermeisters und der Beratungsstelle: Frauenrecht ist Menschenrecht - (FIM) e.V. geführt.

Die Beteiligten der Gesprächsrunde einigten sich darauf, dass FIM ein Beratungskonzept für Prostituierte in Marburg vorlegt. Dieses Beratungsangebot wurde mittlerweile von FIM eingereicht und geht den Fraktionsvorsitzenden in den nächsten Tagen zu.

Unseres Erachtens eignet sich FIM e.V. mit ihrem 26jährigen Erfahrungshintergrund ganz besonders für die vielschichtigen Aufgaben an qualifizierter Beratungs-, Vernetzungs- und Qualifizierungsarbeit für Prostituierte in Marburg. FIM ist eine Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel sowie zuständig für die hessenweite Koordinations- und Bildungsarbeit. Zu den Klientinnengruppen von FIM gehören auch Frauen, die aufgrund eigener Entscheidung in der Prostitution tätig sind. FIM arbeitet interkulturell und berät Klientinnen aus vier Kontinenten: Afrika, Lateinamerika, Asien und Mittel- und Osteuropa.

Die Beratungsstelle ist z.B. durch Streetwork in der Lage niedrigschwellige Angebote für Prostituierte zu machen.

Weitere Beratungsangebote für Prostituierte in Marburg sind die Beratung - und Untersuchungsstelle für Geschlechtskrankheiten (STD - Ambulanz) in der Universitätshautklinik, die Methadon - Ambulanz im Kreisgesundheitsamt, Drogenberatungsstellen sowie Pro Familia Marburg u. a.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Kissel (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 5

Lärmschutz in Marburg
Vorlage: VO/0606/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Stadtverordnete Acker vorgeschlagen, den Beschlussteil der Vorlage wie folgt zu ändern:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. ein schalltechnisches Gutachten für die Lärmquelle B 3 in Marburg in Auftrag gegeben werden soll,
2. die für das Gutachten erforderlichen Kosten in Höhe von ca. 25.000,- € außerplanmäßig bereitgestellt werden, soweit die Immissionsberechnungen aufgrund der Verkehrszählung nicht wie zugesagt vom ASV übernommen werden.

Somit hat der Haupt- und Finanzausschuss von dem ersten Teil der Vorlage Kenntnis genommen. Im Weiteren empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich, dem geänderten Beschlusstext zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss hat die Vorlage nochmals geändert und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Kenntnis zu nehmen vom

1. dem Schreiben des Magistrats an das Amt für Straßen- und

Verkehrswesen vom 19.09.2005,

2. dem Schreiben des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen vom 13.06.2006 und
3. von dem Schreiben des Regierungspräsidiums Gießen vom 13.07.2006.

Die Stadtverordnetenversammlung wird um Zustimmung gebeten, dass

1. ein schalltechnisches Gutachten für die Lärmquelle B 3 in Marburg sowie ein Feinstaubgutachten (LKW) in Auftrag gegeben werden soll,
2. die für das Gutachten erforderlichen Kosten in Höhe von ca. 25.000 Euro außerplanmäßig bereitgestellt werden sollen, soweit die Immissionsberechnungen aufgrund der Verkehrszählung nicht wie zugesagt vom ASV übernommen werden.

Im Rahmen der Aussprache sprechen Oberbürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Heubel (CDU), Oberbürgermeister Vaupel, Dr. Uchtmann (MBL), Dr. Musket (SPD), Köster (ML), Schwebel (FDP), Heubel (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Oppermann (CDU), Metz (ML), Ludwig (MBL), Heubel (CDU) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Debatte wird aus dem Hause gewünscht, dass von der Aussprache eine Bandabschrift angefertigt wird.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlage abstimmen.

Der erste Teil der Vorlage wird von der Stadtverordnetenversammlung lediglich zur Kenntnis genommen. Es erfolgt keine Beschlussfassung.

Zu dem zweiten Teil der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die Stimmen CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu,

- 1. ein schalltechnisches Gutachten für die Lärmquelle B 3 in Marburg sowie ein Feinstaubgutachten (LKW) in Auftrag gegeben werden soll,**
- 2. die für das Gutachten erforderlichen Kosten in Höhe von ca. 25.000 Euro außerplanmäßig bereitgestellt werden sollen, soweit die Immissionsberechnungen aufgrund der Verkehrszählung nicht wie zugesagt vom ASV übernommen werden.**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss wurde dargestellt, dass in dem Regionalplan auch die Trassenführung der geplanten A 49 enthalten sei. Da diese in dem Wasserschutzgebiet des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke verlaufe, wurde vorgeschlagen, folgenden Passus in die Stellungnahme aufzunehmen:

Zu Kapitel 7.1.2 - Straßenverkehr

Beim derzeit vorgesehenen Trassenverlauf der A 49 ist dem Trinkwasserschutz höchste Priorität einzuräumen. Es wird in soweit auf die Stellungnahmen des ZMW und des HLUZ zum geplanten Bau der A 49 verwiesen.

Dieser Vorschlag wurde der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich empfohlen.

Die Stadtverordnete Schaffner (CDU) hat im Umweltausschuss vorgeschlagen, über die Vorlage in Teilen abzustimmen.

- a) Abstimmung über Kapitel 7.2 ausschließlich des letzten Spiegelstrichs (Spiegelstrich offensivere Forderung von Windenergieanlagen)
- b) Streichung des Kapitels 7.2.2

Über diese Vorschläge wurde im Ausschuss getrennt abgestimmt:

- a) Das Kapitel 7.2 einschließlich des letzten Spiegelstrichs wird mehrheitlich zur Annahme empfohlen
- b) Die Streichung des Kapitels 7.2.2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Im Übrigen empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung der Vorlage VO/0626/2006 ausschließlich der Kapitel 7.2 ff.

Der Stadtverordnete Dr. Musket (SPD) hat noch ergänzend ausgeführt, dass die Weinstraße als Naherholungsgebiet erhalten bleiben soll. Dagegen wurde nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun über die Vorlage ebenso wie im Umweltausschuss getrennt abstimmen.

Abstimmung über die Ergänzung zum Kapitel 7.1.2 – Straßenverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Beim derzeit vorgesehenen Trassenverlauf der A 49 ist dem Trinkwasserschutz höchste Priorität einzuräumen. Es wird in soweit auf die Stellungnahmen des

ZMW und des HLUS zum geplanten Bau der A 49 verwiesen.

Abstimmung zu Kapitel 7.2 – Energiedienstleistungen einschließlich des letzten Spiegelstrichs offensivere Forderung von Windenergieanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit JA-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Das Kapitel 7.2 einschließlich des letzten Spiegelstrichs offensivere Forderung von Windenergieanlagen wird beschlossen.

Beschlussfassung zu Kapitel 7.2.2 – Windenergienutzung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU und MBL folgenden Beschluss:

Die Streichung des Kapitels 7.2.2 – Windenergienutzung wird abgelehnt.

Auf der Grundlage der soeben gefassten Beschlüsse stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Gesamtvorlage zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Anlage „Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 10 Abs. 3 Hess. Landesplanungsgesetz (HLPG) vom 6. September 2002 (GVBl.Nr. 23, S. 548 ff.) zur Aufstellung des Regionalplans Mittelhessen (RPM)“ zu.

zu 7

Dorferneuerung Schröck
Vorlage: VO/0648/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Als Handlungskonzept für die Dorferneuerung Schröck wird das Dorfentwicklungskonzept und der mit der Investitionsbank Hessen abgestimmte Gesamtinvestitionsrahmen beschlossen.

zu 8 Neustrukturierung der Abwasserorganisation der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0672/2006

Die Vorlage ist in Haupt- und Finanzausschuss beraten worden und wurde zurückgestellt bis zur Sitzung im November.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 9 Aktualisierung des Nahverkehrsplans und der Neuordnung der Linienverkehre in der
Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0706/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Ausschuss hat sich ausführlich mit der Vorlage befasst und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Anregungen, Ergänzungen und Ergebnisse bei der Beschlussfassung zu Berücksichtigen:

1. Ausreichende Pufferzeiten der Stadtteilbusanbindungen für die Erreichung der Nah- und Fernzüge einplanen / vorsehen

Antwort: Können eingeplant werden, am Morgen zusätzlich 5 Minuten

2. Linie 16

a) Beibehaltung ½-Std.-Takt in der Oberstadt

Antwort: dies wird vom Magistrat gewünscht

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt die Beibehaltung des ½ Stunden Taktes mit 7 Ja Stimmen (Marburger Linke, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, FDP) gegen 4 Nein Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, CDU)

b) Separate Linienführung Oberstadt im ½-Stundentakt (Altstadt – Schloss-Linie)

Antwort: – wird noch geprüft

c) Für das Elisabeth-Jahr: Verdichtung der Bustakte, Ausdehnung der Fahrzeiten

Antwort: ist nicht Bestandteil des Fahrplankonzeptes und konnte aufgrund des Termindrucks noch nicht durchgeplant werden

3 A2-Linie: Abkürzungsmöglichkeit für die Bereich Moischer Straße

(die Nutzer müssen sonst einen längeren Umweg über den Zuckerberg hinnehmen)

Beschluss: der Sohlgraben soll 2 x angefahren werden (Hin- und Rücktour)

4 Linie 4: Am Wochenende bis 17:00 Uhr verlängern

Antwort: Dies wird umgesetzt

5 Vormittagsloch Bauerbach und Mittagsloch Moischt prüfen

Antwort: Wird eingeplant Bauerbach ca. 8:00 Uhr und Schröck, Rückfahrt zur 6. Stunde

6 Abendzeiten – das erweiterte Angebot wird allgemein begrüßt, evtl. kann dieses Angebot an den Werktagen Montag – Mittwoch sowie am Sonntag dennoch gekürzt werden, um angeregte Mehrleistungen auf anderen Linien aufzufangen

Antwort: Eine solche Regelung kann aus unseren Erfahrungen heraus nicht empfohlen werden.

7 Sonntagsfahrplan wie Abendlinien gestalten

Antwort: Aufgrund unserer Erfahrungen kann eine solche Fahrplanausdünnung nicht empfohlen werden, insbesondere die Lahnberge könnten dann nicht mehr gut bedient werden.

8 Umsteigesituation an der Hölderlinstraße bedarf der Prüfung / Erklärung

Antwort: Linie 7 kommt immer d.h. in beiden Richtungen vor Linie 1 an und wartet, daher ist ein verzögerungsfreier Umstieg von Linie 1 in Linie 7 möglich. Die Haltestelle in Richtung Innenstadt wird vor dem Cafe Renz bedient.

Für die Bedienung des Richtsbergs sind wir von Seiten des Magistrats beauftragt worden, eine umsteigefreie Verbindung vom oberen Richtsberg über die Großseelheimer Straße zu entwickeln. Dies kann über eine Modifikation der Linie 4 erfolgen: Linie 4 fährt ab Südbahnhof über Kreishaus – Pommernweg – Richtsberg Einkaufszentrum – Eisenacher Weg – Hölderlinstraße – Großseelheimer Straße – Körnerstraße – Weintrautstraße – Erlenring – Rudolphsplatz – Gutenbergstraße – Jägerstraße – Grün – Erlenring zurück bis Südbahnhof. Alle 30 Minuten.

Diese Regelung wird allgemein begrüßt.

9 C- Linie mit der Linie 3 verbinden (über Cappel)

Antwort: Hierfür ist ein zusätzliches Fahrzeug erforderlich, außerdem kann bei der Kombination das Stadtbüro nicht direkt angefahren werden

10 Beleuchtung der Fahrpläne, Beschlagschutz der Aushangfahrpläne

Antwort: Dies wird im nächsten Jahr fortgesetzt, bitten um Hinweise, wo es Probleme gibt

11 Barrierefreie Ausführung der Haltestellen

(Anlaufschutz für Sehbehinderte, z.B. durch Kötterplatten,...)

Antwort: s.o.

12 Witterungsschutz an allen Haltestellen

Antwort: Der Aufbau von Wartehallen ist nicht an allen Haltestellen möglich, da teilweise der Platz fehlt oder die Anwohner widersprechen. Ansonsten wird gemäß Haltestellenausbauplatz verfahren.

13 Beleuchtung der Haltestellensituation „Am Teich“, Cappel

Antwort: Die zuständige Abteilung bei SWM kümmert sich, die Leuchtmittel werden in den nächsten Wochen erneuert.

14 Sonntags-AST für Kirchgänger aus den Stadtteilen

Antwort: AST-Angebot aus den Stadtteilen am Sonntag Morgen ist möglich, über Bedienungsangebot ab 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Zusatzaufwand: 5 Std. x 5 Kleinbusse x 64 Sonn / Feiertage x 25,19 € = ca. 41.000 €

Beschluss: der tatsächliche Bedarf soll in den Ortsbeiräten ermittelt werden

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen Oberbürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Sell (SPD), Pfalz (CDU), Prof. Dr. Dingeldein (FDP) und Metz (ML).

Der Stadtverordnete Pfalz erklärt für die CDU-Fraktion, dass mit der Beschlussfassung dieser Vorlage zur Aktualisierung des Nahverkehrsplans und der Neuordnung der Linienverkehre in der Universitätsstadt Marburg der Antrag der CDU-Fraktion betreffend Verbesserungen des ÖPNV Marburg Vorlage VO/0580/2006, Tagesordnungspunkt 13.2 der heutigen Vorlage, erledigt ist.

Während der Aussprache hat von 20.11 bis 20.23 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Gottschaldt (ML) die Sitzungsleitung übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt anschließend über den Tagesordnungspunkt 9 abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Aktualisierung des Nahverkehrsplans und der Neuordnung der Linienverkehre in der Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.

Die vereinbarten Ergebnisse und Vereinbarungen aus dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr werden berücksichtigt.

zu 10

Genehmigung des Jahresabschlusses 2005 des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM)

Vorlage: VO/0710/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Stadtverordnete Acker (SPD) beantragt, den zweiten Punkt der Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

Der Jahresfehlbetrag 2005 ist aus dem Eigenkapital bzw. der Rücklage des DBM zu decken.

Mit dieser Änderung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnete Metz hat zu Protokoll gegeben, dass er für seine Fraktion nicht an der Abstimmung teilnimmt, da ihm die Zeit für die Vorbereitung zu diesem Tagesordnungspunkt zu kurz bemessen war.

Im Rahmen der Aussprache sprechen Stadträtin Dr. Weinbach sowie die Stadtverordneten Heck (CDU), Metz (ML) und Acker (SPD).

Der Stadtverordnete Metz (ML) erklärt, dass sich seine Fraktion genau wie im Haupt- und Finanzausschuss auch in der Stadtverordnetenversammlung nicht an der Abstimmung beteiligen wird, weil die Zeit für die Vorbereitung zu diesem Tagesordnungspunkt zu knapp bemessen war.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- Der beigefügte Jahresabschluss 2005 des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM) wird beschlossen,**
- Der Jahresfehlbetrag 2005 ist aus dem Eigenkapital bzw. der Rücklage des DBM zu decken.**
- der Betriebsleitung wird für das Jahr 2005 Entlastung erteilt.**

Die Fraktion Marburger Linke hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

zu 11

Gebührenerhöhung der vhs
Vorlage: VO/0709/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Gebühren je Unterrichtsstunde, soweit nicht besondere Bestimmungen der Gebührenordnung zu berücksichtigen sind, betragen nach § 2, 1.1. für Kurse bisher 2,00 EURO, künftig 2,10 EURO und ermäßigte Gebühr bisher 1,50 EURO, künftig 1,55 EURO.

zu 12

Dringlichkeitsanträge

zu 12.1

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Postfiliale in Ockershausen
Vorlage: VO/0731/2006

Der Stadtverordnetenvorsteher weist noch einmal drauf hin, dass diesem dringlichen Antrag im Ältestenrat alle anderen Fraktionen beigetreten sind, sodass es sich nun um einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen handelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden

Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass in Ockershausen weiterhin eine Postfiliale erhalten bleibt.

zu 13 Anträge der Fraktionen

zu 13.1 Antrag der F.D.P.-Fraktion betr. Elisabethfenster
Vorlage: VO/0292/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss ausführlich diskutiert worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Gottschlich (CDU), Schäfer (ML), Hussein (SPD), Schwebel (FDP), Gottschaldt (ML), Oppermann (CDU) und Stadträtin Dr. Weinbach.

Der Stadtverordnete Götting (Bündnis 90/Die Grünen) stellt den Geschäftsordnungsantrag, vor der Abstimmung über diese Vorlage, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung von 21.27 Uhr bis 22.16 Uhr, um den Fraktionen zur Meinungsbildung zu geben.

Weiterhin hat während der Sitzungsunterbrechung der Ältestenrat getagt, um eine neue Beschlussformulierung zu dieser Vorlage auszuarbeiten.

Nach Fortsetzung der Sitzung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher über die im Ältestenrat getroffenen Vereinbarungen. Der Ältestenrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung als Konsenslösung folgende Beschlussformulierung:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Vorstand der Elisabethkirche, seinen Beschluss zum Ausbau des Elisabethfensters noch einmal zu überdenken und bietet ein gemeinsames Gespräch mit dem Magistrat und Fraktionsvertretern dazu an.

Begründung:

Auf die Begründung des Antrages der FDP-Fraktion wird verwiesen.

Diese Beschlussformulierung wurde im Ältestenrat von allen Fraktionen übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den geänderten Antragstext zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Vorstand der Elisabethkirche, seinen Beschluss zum Ausbau des Elisabethfensters noch einmal zu überdenken und bietet ein gemeinsames Gespräch mit dem Magistrat und Fraktionsvertretern dazu an.

zu 13.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung des ÖPNV Marburg
Vorlage: VO/0580/2006

Die Vorlage wurde von der Antragstellenden Fraktion im Rahmen der Beschlussfassung zum TOP 9 (Aktualisierung des Nahverkehrsplanes und der Neuordnung der Linienverkehre in der Universitätsstadt Marburg) für erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 13.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Änderung der Benutzungstarifsatzungen
Vorlage: VO/0593/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Heubel (CDU), Becker (SPD), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Gottschaldt (ML) und Heubel (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und mit den restlichen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 13.4 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kindergartengebühren
Vorlage: VO/0621/2006

Die Vorlage wird auf Wunsch der Antragstellenden Fraktion vertagt bis zur Novembersitzung.

zu 13.5 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Verbesserung der Haltestellensituation am Botanischen Garten
Vorlage: VO/0623/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Beschlusstext wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, sich mit der Universität und dem ASV mit dem Ziel in Verbindung zu setzen, dass der neue Botanische Garten besser mit dem ÖPNV zu erreichen ist und vor allem die Bushaltestellen näher und Fußgängerfreundlicher am Botanischen Garten eingerichtet werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, sich mit der Universität und dem ASV mit dem Ziel in Verbindung zu setzen, dass der neue Botanische Garten besser mit dem ÖPNV zu erreichen ist und vor allem die Bushaltestellen näher und Fußgängerfreundlicher am Botanischen Garten eingerichtet werden.

zu 13.6 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Änderung des Hess. Brand- und Katastrophenschutzgesetzes
Vorlage: VO/0627/2006

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss vertagt worden bis zur Novembersitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 13.7 Antrag der FDP-Fraktion betr. Elisabeth-Ausstellung - Buslinie 16
Vorlage: VO/0630/2006

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden.
Die Antragsteller haben die Vorlage zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 13.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Geschwindigkeitsmessungen
Vorlage: VO/0713/2006

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Der Antrag wurde vertagt bis zur nächsten Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Novembersitzung.

zu 13.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept
Vorlage: VO/0717/2006

Auf Wunsch der Antragstellenden Fraktion wird der Antrag vertagt bis zur Novembersitzung.

zu 13.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Flutopfer-Soforthilfe
Vorlage: VO/0719/2006

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss und an den Ältestenrat weitergeleitet worden. Im Ältestenrat wurde einvernehmen erzielt, 5.000 Euro als Soforthilfe unter Beteiligung des Deutschen Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag ist damit erledigt, eine Abstimmung erübrigt sich.

zu 14 Kennntnisnahmen

zu 14.1 Außerplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2006
hier: 01.21107/576100 'Kosten Mittagessen Erich Kästner Schule
Vorlage: VO/0650/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.2 Außerplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2006 bis zu 83.000 €
hier: Hst. 5720/7152 'Defizitabdeckung Bäder 2005'
Vorlage: VO/0674/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.3 Hochwasserschutz und Lahnufergestaltung zwischen Weidenhäuser Brücke und
Unterführung Geisteswissenschaften
Vorlage: VO/0640/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.4 Schlussbericht zur 99. Vergleichenden Prüfung 'Sozialhilfe: Krankheitskosten' durch den Hessischen Rechnungshof
Vorlage: VO/0649/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.5 Bericht Turnergarten

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.6 Unterrichtung der Stadtverordneten über den Stand der Budgets zum 30.09.2006
Vorlage: VO/0726/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.7 Stellungnahme des Fachdienstes Schule zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung betreffend Öffnungszeiten der Marburger Stadtbildstelle (zur VO/0500/2006)

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:06 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Schüren
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender

Wagner
Protokoll und

der CDU-Fraktion

Geschäftsstelle